

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Elbgaupresse Dresden, Nr. 21.302
K. V. Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rote: Elbgaupresse Dresden, Straßße Dörflich Nr. 606
Post-Rote: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpfortitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Dreyer & Co., Dresden-Mickwitz. - Verantwortlich für den Inhalt: Carl Dreyer, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Siml, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Sperr-Worte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 6spaltige Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4spaltige Zeile mit 15 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Platzbeschriften und schwererem Inhalt werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigefähigkeit zu zahlen. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Abrechnung gebracht. Rabattonspruch ersicht: d. verpät. Zahlung, Abg. Kontur d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
52. Jahrgang

195

Sonnabend, den 22. August

1925

Ernstste Lage bei der Eisenbahn

Die Gewerkschaftsführer lehnen die Angebote der Reichsbahnverwaltung als unzureichend ab

Die Verhandlungen abgebrochen

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Gewerkschaften über neue Lohnforderungen, die dahin gingen, die Löhne sämtlicher Eisenbahnarbeiter um 12 Pfg. zu erhöhen, umgruppierungen in den Wirtschaftszweigen vorzunehmen und die Krisislohnzuschläge zu erhöhen, sind nach kurzer Frist gescheitert. In den Verhandlungen gaben die Vertreter der Reichsbahn die Erklärung ab, daß die Reichsbahn nach nochmaliger sorgfältiger Prüfung aller Umstände nicht in der Lage sei, eine allgemeine Lohnerhöhung zuzugehen.

Die Mittel der Reichsbahn seien beschränkt, und man könne unmöglich durch weitgehende Lohnbewegungen die Politik durchkreuzen, die das Reichskabinett und das Reichswirtschaftsministerium einschlägt, um eine allgemeine Preisregelung herbeizuführen. Die Auffassung der Regierung und der maßgebenden Ressorts gehe dahin, daß die Produktionskosten verringert werden müßten. Eine solche Verringerung lasse sich durch Lohnerhöhung jedoch nicht erreichen.

Die Gewerkschaftsführer erklärten demgegenüber, daß sie an eine Preislenkungsaktion nicht glauben könnten, und daß in einer Zeit, in der die Preise im Steigen begriffen seien, die angeführten Maßnahmen zu spät kämen.

Seit der letzten Lohnerhöhung der Reichsbahn seien alle Waren um rund 9 Prozent gestiegen, und die Gewerkschaften müßten mindestens verlangen, daß die Verwaltung diese Teuerung berücksichtige und durch eine entsprechende Lohnerhöhung ausgleiche.

Seitens der Reichsbahnverwaltung wurde dann die Erklärung abgegeben, daß die Reichsbahn für Lohnerhöhungen nur einen Betrag in Höhe von etwas mehr als 20 Millionen Mark aufwenden könne, andernfalls die Tarife erhöht werden müßten. Diese Ausführungen riefen bei den Gewerkschaften lebhaften Widerspruch hervor. Es wurde erwidert, das Angebot der Reichsbahn einer Lohnerhöhung von 2 bis 3 Pfg. pro Stunde bedeute einen Betrag, der nicht entfernt ausreichte, um das Existenzminimum der Arbeiter auch nur einigermaßen zu sichern.

Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Stimmung unter den Eisenbahnern im Reich sehr erregt sei, und die Ablehnung der Forderungen würde sehr wahrscheinlich zu Ereignissen führen, für die die Gewerkschaften die Verantwortung ablehnten.

Ein neuer Streik der Eisenbahnarbeiter werde der Verwaltung mehr kosten, als eine Lohnzulage, die die Arbeiter wenigstens zum Teil befriedigen könnte.

Die bevollmächtigten Vertreter der Reichsbahn machten dann nochmals den Vorschlag, über Lohnerhöhungen in den Gebieten zu verhandeln, in denen die Löhne der Eisenbahnarbeiter in einem offensichtlichen Mißverhältnis zu den Einkommen der vergleichbaren Industriearbeiter stehen, um also über das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlins, Groß-Hamburgs, Groß-Frankfurts und Teile des Freistaates Sachsen, Bayern und Badens zu verhandeln. Außerdem sei die Verwaltung bereit, über die Bezüge der Rangierer und der im Betrieb und Verkehr beschäftigten Arbeiter zu verhandeln, für

Die Preissenkungsaktion

Eine Beratung der Arbeitgeber-Spitzenverbände

Die Vorstandmitglieder und Vertretungsleute der Arbeitgeberverbände und des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die gestern im Gegenwart des Staatssekretärs Trendelenburg im Saale des Reichswirtschaftsrates zu einer Beratung über die Ursachen der Teuerung und die Aussichten für eine Aktion zur Senkung der Preise zusammengetreten sind, haben in längerer Erörterung die Möglichkeiten zu einer allgemeinen Preisberücksichtigung behandelt.

Den einleitenden Vortrag hielt als Berichterstatter Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Lammer, der dem Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie angehört. Nach längerer Debatte gelangte eine Erklärung zur Annahme, worin die Bereitwilligkeit der genannten Organisationen und Spitzenverbände ausgedrückt wird,

die Absicht des Reichslandrats auf Erzielung eines allgemeinen Preisabbaues zu unterstützen.

andereits aber zu fordern, daß sich sämtliche anderen Berufsverbände ebenfalls diesem Vorgehen anschließen.

Als Vertreter des Generaldirektors der Reichsbahnverwaltung erschien der stellvertretende Generaldirektor Dornmüller. Auch der ehemalige Reichswirtschaftsminister Hamm nahm an der Konferenz teil und beteiligte sich auch während an der Diskussion. Hier kam ziemlich allgemein die Überzeugung der Industrieführer zum Ausdruck, daß die Absicht der Reichsregierung,

zu einem vorher genau festgelegten Termin die Preislenkungsaktion vorzunehmen, kaum mehr als theoretische Bedeutung beanspruchen dürfte.

Inbesondere wandte sich der Reichswirtschaftsminister a. D. Hamm gegen eine Preislenkung auf bestimmte Termine, die er für widersinnig erklärte. Im übrigen vertreten die Industrieverbände die Auffassung, daß die Industrie als solche an den Teuerungsurteilen prozentual nicht im ersten Grade so stark beteiligt sei, wie man das immer allgemein annehme. Denn normalerweise gingen 65 Proz. der Löhne der Arbeiter und Angestellten ausschließlich auf Lebensmittel und Bekleidung drauf, während also für Gegenstände des täglichen Bedarfs bezahlt, die mit den verarbeitenden Industrien, von der Textilindustrie abgesehen, wenig oder gar nichts zu tun hätten.

Es gälte daher in erster Linie, den die Lebenshaltung vertuernden Zwischenhandel nach Möglichkeit auszuhalten.

Hinsichtlich der Wirkungen der Preislenkung auf die Verteuerung des allgemeinen Lebensstandards waren in der Konferenz die Beurteilungen sowohl der Industrie wie der Regierungsberechtigten ziemlich zurückhaltend, da man sich darüber einig war, daß man erst einmal die Auswirkungen der neuen Fälle abwarten müsse.

Die Aussprache zeitigte folgendes Ergebnis: Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sind bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die Ermöglichung der Umsatzsteuer am 1. Oktober auf

die 8 Millionen Mark bereitgestellt seien. Die Gewerkschaften lehnten dieses Angebot rundweg ab, und so endeten die Verhandlungen ohne jeden Erfolg.

Die Organisationsvertreter traten im Laufe des gestrigen Nachmittags zu einer internen Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, daß die Gewerkschaften heute, Sonnabend, den Reichsarbeitsminister angehen sollen, um einen Schlichter mit der Beilegung der Lohnforderungen zu betrauen.

ein Prozent in vollem Umfang in der Preisgestaltung auf alle Stoffe der Gütererzeugung und der Gütervermittlung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angebotenen Unternehmungen bei der Preisfaktulation dementsprechend verfahren.

Auf dem Gebiete des Kartellwesens vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter der Voraussetzung einer gefunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Die gegenwärtige Lage verlangt von den Kartellen im besonderen Maße eine Anpassung ihrer Maßnahmen an die Erfordernisse der gesamten Wirtschaft. Nebenpannung und Mißbräuche im Kartellwesen können unter keinen Umständen eine Stützung durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit,

eine gründliche Durchprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen und in Verbindung mit der Regierung ungenügende Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen.

Die Spitzenverbände weisen in diesem Zusammenhangem darauf hin, daß die von der Öffentlichkeit viel beklagten Erscheinungen weit weniger durch die Industriekartelle, als durch die nicht kontrollierbaren freien Abreden und faktischen Abmachungen auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens hervorgerufen werden.

Die Spitzenverbände sehen die Möglichkeit des von der Regierung erstrebten Erfolges nur darin, wenn sich auch die übrigen Berufsstände und die öffentlichen Betriebe dem Schritt der Industrie anschließen.

Die Verringerung der Preispanne vom Erzeuger zum Verbraucher muß erreicht werden. Eine allgemeine Preislenkung würde jeden Versuch eines Preisabbaues von vornherein zum Scheitern verurteilen. Die Erkenntnis muß Allgemeinmaß werben, daß eine Sicherung des Reallohnes durch Produktionsüberbilligung und Preislenkung wertvoller ist als weitere nominale Lohnerhöhungen.

Im Reich, in den Ländern und Gemeinden, sowie bei allen Privaten muß endlich die Sparpolitik eintreten, die die heutige Lage Deutschlands erfordert.

Den äußeren Anlaß zu dieser bedeutungsvollen Konferenz gab die bekannte Rede des Reichslandrats Dr. Luther, die er anlässlich der Volkstagsarbeiten hat und in der er ankündigte, daß die Reichsregierung zum 1. Oktober eine durchgreifende Preislenkungsaktion durchführen werde.

Die Fleischsteuerung

Zwischen dem Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine, dem Reichsband deutscher Angestellten- und Arbeiterverbände und der wirtschaftspolitischen Abteilung des Reichslandbundes wurde gestern eine Besprechung über die Ursachen der Fleischsteuerung abgehalten. Nach einer lebhaften Aussprache waren die Versammelten sich darüber einig, daß die Ursachen der Teuerung in der übergroßen Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen zu suchen seien. (Das ist eine Vorkenntnis. Anm. der Red.) Es wurde schließlich Abhilfe dieses Mißstandes gefordert.

Man hofft in den Kreisen der Eisenbahnvereinigungen, daß das Reichsarbeitsministerium durch einen Schlichterspruch eine Entspannung der augenblicklich angespannten Lage bringen kann.

Einer Verbindlichkeitsklärung des angestrebten Schlichterspruches müßten sich sowohl die Reichsbahn als auch die Eisenbahnarbeiter fügen, und es ließe sich auf diesem Wege eine Aktion der Arbeiterschaft vermeiden.

Syrien und seine Bewohner

Der Zustand der Druzen gegen die Franzosen und die blutigen Ereignisse in Syrien rufen erneut die Aufmerksamkeit auf dieses vorderasiatische Mittelmeerland und seine bunte Bevölkerung. Schon in alten, längst vergangenen Zeiten sind auch in der Gegend um Syrien zahlreiche Kassen, Völker, Sprachen, Religionen und Seiten vertreten, die dort nebeneinander leben.

Syrien zählt zu den berühmtesten Kulturländern des alten Orients. Sein Gebiet deckt sich zum Teil mit dem alten Phönizien, dem kleinen, aber bedeutungsvollen Küstenland am östlichen Mittelmeer. Die Bezeichnung Syrien ist eine entlehnte griechische Form des Namens Assirien. Syrien nannten nämlich die Griechen das Land der Aramäer, das zu der Zeit, als die Hellenen es kennen lernten, eine Provinz des damals mächtigsten mesopotamischen Staates Assirien war. Die Aramäer waren eines der bekanntesten Völker des Altertums, das auch in der Bibel oft erwähnt ist. Sowohl die Assirer als auch die Aramäer der Syrer sind semitischer Abstammung; ihre Sprachen sind also nahe miteinander verwandt. Trotzdem sind sie ganz verschiedene Völkergemeinschaften. Da aber Griechisch jahrhundertlang die Verwaltungssprache des Landes war, so blieb auch die Aramäer in der späteren Geschichte als Syrer, ihr Land als Syrien bekannt. Diese Bezeichnung wurde auch beibehalten, als die Syrer das Christentum annahmen. Sie entwickelten im Orient eine weit verbreitete, kirchlich-religiöse Kultur, begründet: eine reiche Literatur und übten lange Zeit großen Einfluß in Vorderasien aus.

Der Begriff Syrien deckt sich in ethnographisch-klassischer Hinsicht nicht mit dem sprachlich-kulturell unmissbaren Gebiet dieses Namens. Im weiteren Sinne umfaßt das alte Syrien, auch das Land Kanaan genannt, alle vorderasiatisch-orientalischen Länder, die sich östlich vom Mittelmeer bis Mesopotamien ausdehnen; in diesen Grenzen gehörte zu Syrien auch das nachbarliche Cilicien. Im engeren Sinne gränzte Syrien im Westen an das Mittelmeer, im Osten an den Euphrat, im Norden an Cilicien und im Süden an Arabien. Mannichfache Schicksale hat Syrien in den drei Jahrtausenden seiner Geschichte erlebt. Nach einer langen Periode selbständiger staatlichen Existenz fiel es unter die Herrschaft der Assirer, später der Meder und der Perser, dann Alexander des Großen. Syrien blühte dort das Reich der Seleukiden; dann eroberten es die Römer wieder; später, im Jahre 637, fiel Syrien unter die Herrschaft der Araber. In dieser Zeit wurde auch der Islam dort rasch heimisch, und ein Jahrhundert lang, von 750-850, war die syrische Stadt Hama der Kalfen der Welt. Syrien wurde später die Metropole. Im Jahre 1517 wurde Syrien von den Türken erobert und blieb volle vier Jahrhunderte, bis 1918, unter ihrer Herrschaft. Zur Türkeizeit umfaßte Syrien aber auch die große Provinz des Osmanenreiches außer dem eigentlichen Syrien auch Palästina und die Länder jenseits des Jordan.

Wie alle anderen arabischen Länder wurde auch Syrien, das auf etwa 170.000 qkm. nur drei Millionen Einwohner zählt, durch den Weltkrieg von den Türken getrennt und zu einem halb-selbstständigen Staat gemacht. Während das eigentliche Syrien, also der Libanon und die Gebiete von Damaskus, Aleppo und Antiochien, unter des Protektors: Frankreichs gestellt wurde, fielen die anderen Teile der ehemaligen türkischen Provinz Syrien: Palästina und Transjordanien, den Engländern zu. Schon früher, seit 1860 hat Frankreich und namentlich im Libanon festen Fuß gefaßt. Der politische und kulturelle Einfluß der Franzosen war und ist noch heute dort maßgebend. Seit jener Zeit hatte der Libanon eine Art Selbstverwaltung und einen christlichen Gouverneur.

1920 schlossen sich die syrischen Länder zu einem Staatenbund zusammen. Das Libanon-Gebiet wurde erneuert; innerhalb seiner jetzigen Grenzen (Groß-Libanon) liegt auch die berühmte Heinstadt Beirut am Mittelmeer. Groß-Libanon spielt aber auch heute eine besondere Rolle unter den autonomen syrischen Staaten. Seine Bevölkerung besteht hauptsächlich aus christlichen Völkergemeinschaften, die auch kulturell ziemlich weit fortgeschritten sind. Die überwiegende Mehrheit der übrigen syrischen